



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 21 vom 27.11.2014

Inhalt

SCHWERPUNKTTHEMA: Neue Zuwanderung und Engagement

- Papst Franziskus: Europäische Flüchtlingspolitik und Menschenwürde
- Burkhardt: Flüchtlingsolidarität zwischen Abschottung und Aufnahme
- Kalnins: Projekt »Bienvenid@s - Willkommen in Baden-Württemberg«
- Roß/ Steiner: Vielfalt des Engagements und Migration
- Diaz: Neueinwanderer als Brückenbauer

LÄNDERBERICHTE

- Engagementpreis Nordrhein-Westfalen
- Leipziger Agendapreis 2014/2015
- Preise für 25 Integrationsprojekte aus acht Bundesländern

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Bundestag
- 25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention im Bundestag
- Die LINKE fordert Wahlrecht für AusländerInnen
- Hasskriminalität wirkungsvoll verfolgen: Antrag Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: Stellungnahme
- Evangelische Freiwilligendienste 2020: Vom Wunsch zur Wirklichkeit
- Augsburger Erklärung der bagfa

AKTUELLES AUS DEM BBE

- BBE-Mitgliederversammlung 2014
- BBE-Jahresempfang 2014
- AG 4 »Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft«: Sitzungsbericht
- AG 10 »Zivilgesellschaftsforschung« diskutierte im Bundestag

- Mitglied des Monats: Amadeu Antonio Stiftung
- Aktionswoche: Film zur Auftaktveranstaltung online

FACHDISKURS

- Gutachten zu »Transparenz im Dritten Sektor«
- Kampagne Stoppt Hass-Propaganda in sozialen Netzen
- Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus verliehen
- Akademie für Ehrenamtlichkeit: Jahresprogrammheft 2015
- 10 Jahre Quifd – Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten
- »Handbuch Interkulturelle Öffnung«: Publikation
- »Einwandererverbände in der Migrations- und Integrationspolitik«: Publikation
- Hinweis

SCHWERPUNKTTHEMA: Neue Zuwanderung und Engagement

nach oben

Papst Franziskus: Europäische Flüchtlingspolitik und Menschenwürde

Am 25. November 2014 appellierte Papst Franziskus an das Europaparlament, die europäische Flüchtlingspolitik im Lichte grundlegender Werte zu überdenken. Für den europäischen Wertehorizont hob er die transzendente Würde des Menschen und die Orientierung an einem Gemeinwohl hervor, das sich kultur- und wirtschaftskritisch gegenüber einer Wegwerfgesellschaft, dem Primat ökonomischer Nützlichkeit oder einem ausuferndem Egoismus in der Lebensführung orientiert. Papst Franziskus benannte konkrete Herausforderungen: »Man kann nicht hinnehmen, dass das Mittelmeer zu einem großen Friedhof wird! Auf den Kähnen, die täglich an den europäischen Küsten landen, sind Männer und Frauen, die Aufnahme und Hilfe brauchen. Das Fehlen gegenseitiger Unterstützung innerhalb der Europäischen Union läuft Gefahr, partikularistische Lösungen des Problems anzuregen, welche die Menschenwürde der Einwanderer nicht berücksichtigen und Sklavenarbeit sowie ständige soziale Spannungen begünstigen.«

Text von Papst Franziskus unter

http://de.radiovaticana.va/news/2014/11/25/rede_des_papstes_an_das_europaparlament/ted-837878

nach oben

Burkhardt: Flüchtlingssolidarität zwischen Abschottung und Aufnahme

Die Flüchtlingssolidarität in Deutschland und Europa bewegt sich in einem Spannungsfeld von Abschottung und Aufnahme, von Ertrinken lassen und Integration. Die Zustände, Herausforderungen und positiven Ansätze dieser Solidarität sind Gegenstand des Beitrages von Günter Burkhardt, Geschäftsführer und Mitbegründer von PRO ASYL. Nicht nur die effektive Unterstützung der

Nachbarländer der sich häufenden Flüchtlingskatastrophen, sondern auch die Integration der hier ankommenden Flüchtlinge von Anfang an ist das Gebot der Stunde. Bei der Integration spielen kooperative Haltung und die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle: »Der Aufnahmeprozess vor Ort scheint immer dann besonders gut zu gelingen, wenn (...) die Flüchtlingsaufnahme in einem gemeinsamen Prozess von Kommune, Institutionen (Schulen und Kindergärten), professionellen Beratungsstellen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft (Anwohner von Unterkünften und freiwillige Helfer) stattfindet.«

Gastbeitrag von Günter Burkhardt unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/11/NL21_Gastbeitrag_Burkhardt.pdf
(176 kB)

nach oben

Kalnins: Projekt »Bienvenid@s - Willkommen in Baden-Württemberg«

Seit Januar 2013 ist die 1985 gegründete Academia Española de Formación (AEF) – Spanische Weiterbildungsakademie e.V. mit Sitz in Bonn Träger des Projekts »Bienvenid@s-Willkommen in Baden-Württemberg«. Ansatz und Erfahrungen aus diesem Projekt sind Gegenstand des Gastbeitrages von Dr. Artur Kalnins, Projektleiter in der AEF. Das Projekt selbst hat seinen Sitz in Hornberg. Sein Schwerpunkt liegt im Schwarzwald in einer Region mit Fachkräftemangel und Vollbeschäftigung. Dabei zeigt das aus der spanischen Migrantentradition kommende Projekt, wie eine an ZuwanderInnen und Unternehmen orientierte Willkommenskultur aussehen kann. Zugleich wird auch sichtbar, an welchen Stellen es banale Versäumnisse in der Informationsarbeit für MigrantInnen oder für an einer Migration interessierte Personen gibt, bis hin zu wenig zielführenden Übersetzungen, um Personal in einem anderen Land anzuwerben.

Gastbeitrag von Artur Kalnins unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/11/NL21_Gastbeitrag_Kalnins.pdf
(168 kB)

nach oben

Roß/ Steiner: Vielfalt des Engagements und Migration

Warum wir die Diskussion über »Freiwilliges Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund« hinter uns lassen sollten – diese Frage ist das Thema des Gastbeitrages von Dr. Paul-Stefan Roß, Professor für Soziale Arbeit an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg – Stuttgart, und Iren Steiner, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für angewandte Sozialwissenschaften IfaS an dieser Hochschule. Hintergrund dieser Einladung sind Diskussionen und Erkenntnisse, die im Rahmen des Strategieprozesses der sog. »Engagementstrategie Baden-Württemberg« von den AutorInnen gewonnen wurden. Ihre zentrale These lautet: »Die Debatte um »freiwilliges Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund« steht – trotz gut gemeinter Intentionen – in der großen Gefahr, uns in einem »Schubladen-Denken« gefangen zu halten, das unserer gesellschaftlichen Realität und v.a. den in unserer Gesellschaft lebenden Menschen nicht gerecht wird.«

Gastbeitrag von Paul-Stefan Roß und Iren Steiner unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/11/NL21_Gastbeitrag_Ross_Steiner.pdf (322 kB)

nach oben

Diaz: Neueinwanderer als Brückenbauer

Für Integration sind MigrantInnenorganisationen und die Selbstorganisation von MigrantInnen wichtig. Das zeigt Antonio Diaz, Journalist und Dozent, am Beispiel konkreter heutiger Einwandererschicksale und ihrem Umgang mit den Herausforderungen, sich in Deutschland zurecht zu finden, ohne schnell wieder das Weite zu suchen. Die, die sich etablieren, können und wollen selbst wieder Brücken bauen: »Die Menschen, die zu uns kommen, so wie Manuela, Ali und viele andere, wollen nicht nur sich voran bringen und erhoffen eine Chance für sich und ihre Familien, sondern sie sehen sich selber als Brückenbauer, die Brückenbauer brauchen, z.B. in Form von Unterstützung der hiesigen Gesellschaft.«

Gastbeitrag von Antonio Diaz unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/11/NL21_Gastbeitrag_Diaz.pdf (155 kB)

nach oben

LÄNDERBERICHTE

nach oben

Engagementpreis Nordrhein-Westfalen

Mit dem erstmals ausgelobten »Engagementpreis NRW« sollen vorbildliche Projekte des bürgerschaftlichen Engagements gewürdigt und bekannt gemacht werden. Das Schwerpunktthema des Wettbewerbs lautet »Lebendige Nachbarschaften und starke Familien«. Der Kooperationspartner NRW-Stiftung vergibt zudem einen Sonderpreis »Starkes Netzwerk: Heimat NRW!«. Vereine, Stiftungen und Bürgerinitiativen, die Projekte durchführen, in denen das bürgerschaftliche Engagement eine maßgebliche Rolle spielt, können sich bis zum 10. Dezember 2014 bewerben. Eine Auswahl aus den eingereichten Projekten wird im Jahr 2015 als »Engagement des Monats« auf der Internetplattform www.engagiert-in-nrw.de vorgestellt. Die Ausgewählten haben zudem die Chance, einer von drei Trägern des Engagementpreises 2015 zu werden. Die PreisträgerInnen werden Ende 2015 bestimmt durch ein Online-Voting, ein Jury-Votum sowie die NRW-Stiftung (Sonderpreis). Die drei Projekte erhalten jeweils ein Preisgeld in Höhe von 2.000 EUR.

Bewerbungen und weitere Informationen unter <http://www.engagiert-in-nrw.de>

nach oben

Leipziger Agendapreis 2014/2015

Der Leipziger Agendapreis wird vergeben für Aktivitäten, die zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt Leipzig beitragen und damit die Umsetzung der Leipziger Agenda 21 unterstützen. Unter den fünf Preiskategorien ist die erste den BürgerInnen der Stadt Leipzig gewidmet, die sich in besonderer Weise für die Stadt und ihre BewohnerInnen freiwillig engagieren. Eine zweite Kategorie zeichnet Vereine, Initiativen und Unternehmen aus, die sich in den zurückliegenden Jahren in besonderer Weise für einen Aspekt der nachhaltigen Entwicklung in der Stadt engagiert haben. Ein Preis für Ideen, ein Jugendpreis und ein Sonderpreis »Klimabewusst mobil in Leipzig« werden ebenfalls vergeben. Das Preisgeld beträgt insgesamt 13.000 Euro. Bewerbungen sind bis zum 31. Dezember 2014 möglich.

Weitere Informationen unter

http://www.leipzigeragenda21.de/de/ausschreibung_agendapreis.asp

nach oben

Preise für 25 Integrationsprojekte aus acht Bundesländern

Am 19. November 2014 wurden in Berlin 25 Sportangebote aus acht Bundesländern vom DOSB und vom Unternehmen Katjes Fassin prämiert. Im Mittelpunkt der Projekte, die mit insgesamt 55.000 Euro im Jahr 2014 gefördert wurden, standen insbesondere Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund, eine Gruppe, die bislang wenig Sport im Verein treibt. Die Projekte stehen im Kontext des umfassenderen DOSB-Projekts »Integration durch Sport«, das vom Bundesministerium des Innern gefördert wird.

Weitere Informationen unter

http://www.integration-durch-sport.de/de/integration-durch-sport/aktuelles/detail/news/25_integrations_projekte_aus_acht_bundeslaendern_ausgezeichnet/

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

nach oben

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Bundestag

Am 10. November 2014 befasste sich der Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Anhörung mit mehreren Anträgen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Ein dutzend Sachverständige trugen zu der öffentlichen Anhörung bei. Die Mehrzahl der Sachverständigen war der Ansicht, dass die Teilhabe von Behinderten deutlich verbessert werden müsse. Einig waren sich die Sachverständigen in der Einschätzung, dass das Wunsch- und Wahlrecht der Menschen mit Behinderungen gestärkt sowie die Beratungsangebote und die Durchlässigkeit der Werkstätten für Behinderte verbessert werden müssen. Ein Protokoll der Anhörung sowie die schriftlichen Stellungnahmen liegen als Downloads vor.

Weitere Informationen unter

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a11/anhoerungen/2014/25_sitzung_teilhabe/337124

nach oben

25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention im Bundestag

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der UN-Kinderrechtskonvention befasste sich die Kinderkommission des Deutschen Bundestages im Rahmen eines öffentlichen Expertengesprächs mit dem aktuellen Stand der Umsetzung dieser Konvention. Eine Liste von 20 Fragen hatte die Kommission den Experten vorher mitgeteilt, z.B.: Wie kann das Recht auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen weiter gestärkt werden? Ist es inzwischen gewährleistet, dass alle unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden die ihnen zustehenden Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe bekommen? Wie werden sich die Kürzungen im Kinder- und Jugendhilfebereich auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in den Punkten Demokratiebildung, Recht auf Freizeit und Recht auf Spielen auswirken? Als Experten antworteten Holger Hofmann, Deutsches Kinderhilfswerk e.V., Prof. Dr. Jörg Maywald, Deutsche Liga für das Kind, Dr. Thomas Meysen, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. und Dr. Sebastian Sedlmayr, UNICEF Deutschland. Alle Experten forderten die Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz. Dies ist auch Gegenstand eines Antrages der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 12. November 2014: »Von Anfang an beteiligen – Partizipationsrechte für Kinder und Jugendliche im demografischen Wandel stärken« (18/3151).

Weitere Informationen unter

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a13/kiko/anh_inhalt_14_11_14/339236

nach oben

Die LINKE fordert Wahlrecht für AusländerInnen

Die Fraktion Die Linke will die »Einführung eines allgemeinen Wahlrechts für alle EinwohnerInnen der Bundesrepublik Deutschland« (18/3169). Die Fraktion argumentiert, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit Ende 2012 knapp 19 Jahre betragen habe. Ohne Wahlrecht ist der Großteil der ca. 4,4 Millionen AusländerInnen, die nicht aus EU-Staaten kommen, vom Kernbereich politischer Partizipation durch Wahlen über viele Jahre ausgeschlossen. Deshalb will die Fraktion Die Linke durch eine Änderung des Grundgesetzes sowie des Europawahl- und Bundeswahlgesetzes AusländerInnen mit einem mindestens fünfjährigen Aufenthalt in Deutschland die Teilnahme an Wahlen auf Bundes- und EU-Ebene ermöglichen.

Weitere Informationen unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/031/1803169.pdf>

nach oben

Hasskriminalität wirkungsvoll verfolgen: Antrag Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordert eine Verfolgung von Hasskriminalität mit schärferen strafrechtlichen Mitteln (18/3150). Begründet

wird dies damit, dass Hasskriminalität darauf abzielt, ganze Bevölkerungsgruppen einzuschüchtern und sie in ihrer Freiheit, sich im öffentlichen Raum zu bewegen, empfindlich einzuschränken. Deshalb soll das öffentliche Interesse an der Verfolgung von Straftaten in der Regel zu bejahen sein, wenn Hasskriminalität zu vermuten ist. Zudem soll der Straftatbestand der Volksverhetzung klarer gefasst und sollen weitere Merkmale wie »sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität, Weltanschauung und Behinderung ausdrücklich benannt werden«. Auch möchte die Fraktion eine Kommission berufen, die binnen eines Jahres prüfen soll, ob weitere Kriterien für die Definition von Hasskriminalität eingeführt werden sollen.

Weitere Informationen unter

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/031/1803150.pdf>

nach oben

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: Stellungnahme

Am 18. November 2014 hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) eine Stellungnahme zum angemessenen Umgang mit der steigenden Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge publiziert. Anlass sind zwei Anträge des Freistaats Bayern beim Bundesrat (Bundesratsdrucksache 443/14 und 444/14). Hintergrund ist, dass die Versorgung dieser Kinder und Jugendlichen einige Kommunen insbesondere finanziell vor große Herausforderungen stellt. Die BAGFW wendet sich entschieden gegen das Anliegen Bayerns, einen fairen Lastenausgleich durch die Umverteilung von Kindern und Jugendlichen zu erreichen. Es sei nicht nachvollziehbar, »warum für eine gerechtere Lastenverteilung statt der Finanzen Kinder und Jugendliche umverteilt werden sollen«. Ausgehend von diesem Argument stellt die Stellungnahme dar, welche Normen und Rechte der Minderjährigen durch eine fiskalpolitisch motivierte Umverteilung verletzt werden.

Stellungnahme der BAGFW unter

http://news.bagkjs.de/media/raw/20141118_Stellungnahme_zur_Umverteilung_von_UMF_final.pdf

nach oben

Evangelische Freiwilligendienste 2020: Vom Wunsch zur Wirklichkeit

Die Diakonie Deutschland legte im Oktober 2014 14 Thesen zur Weiterentwicklung der Freiwilligendienste vor. Erarbeitet wurden sie von der Diakonie anlässlich der endenden und beginnenden Legislaturperiode im Jahr 2013 unter breiter Beteiligung von ExpertInnen. Hintergrund sind die massiven Änderungen seit der Aussetzung der Wehrpflicht und somit des Zivildienstes und der gleichzeitigen Einführung des Bundesfreiwilligendienstes im Jahre 2011. Neben dem umfangreichen Ausbau an Möglichkeiten, einen Freiwilligendienst zu absolvieren, hat sich auch hinsichtlich der Persönlichkeits- und Altersprofile sowie bei den Tätigkeiten von Freiwilligen und ihrer begleitenden Bildung vieles getan. Alle betroffenen Akteure in Zivilgesellschaft, Politik und Staat haben dabei, unter wechselnden Vorgaben, häufig auch aktionistisch agiert. Diesem Paradigmenwechsel hat dabei mitunter ein fachlicher und sachlicher Diskurs gefehlt. Die 14 Thesen sind in der Diakonie Schriftenreihe »Auf den Punkt gebracht« unter dem Titel »Evangelische Freiwilligendienste 2020: Vom Wunsch

zur Wirklichkeit« erschienen. Sie können über den zentralen Vertrieb der Diakonie in gedruckter Form oder als pdf-Download bezogen werden.

Weitere Informationen unter

<http://www.diakonie.de/auf-den-punkt-gebracht-evangelische-freiwilligendienste-2020-15852.html>

nach oben

Augsburger Erklärung der bagfa

Unter dem Motto »Wer oder was bewegt Engagement? Potenziale und Grenzen aus der Sicht von Freiwilligenagenturen« fand vom 10. bis 12. November 2014 in Augsburg die 19. Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. - bagfa und der Stiftung Mitarbeit statt. In diesem Jahr wurden Grundverständnisse des bürgerschaftlichen Engagements sowie dessen Potenziale und Grenzen aus Sicht der Freiwilligenagenturen diskutiert. Zum Abschluss der Tagung wurde im Konsens die Augsburger Erklärung verabschiedet. Sie soll Impulse zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements geben und als Orientierungsrahmen und Argumentationshilfe dienen. Mit ihr positionieren sich die Teilnehmenden zu Themen wie Partizipation, Inklusion, Daseinsvorsorge, Generationenbeziehung, Wirtschaft sowie Finanzen und Förderung. Die Teilnehmenden fordern eine »von unten nach oben abgestimmte bundesweite Strategie zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements«.

Weitere Informationen unter

<http://www.bagfa.de/aktuelles/archiv/2014/november/artikel/jahrestagung-2014-augsburger-erklaerung-zur-engagementfoerderung.html>

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

BBE-Mitgliederversammlung 2014

Am Freitag, dem 21.11.2014, fand in Berlin die Mitgliederversammlung des BBE statt. Einleitend erläuterte Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), die Eckpunkte der Engagementpolitik seines Hauses, das im Bund auch die Federführung in diesem neuen Politikfeld hat. Kleindiek kündigte in seiner Rede an, einen Wiedereintritt seines Hauses ins BBE im kommenden Jahr zu prüfen. Für das BBE antwortete Prof. Dr. Thomas Olk, Vorsitzender des BBE-SprecherInnenrates. Er bot dem BMFSFJ eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit an und erläuterte zentrale Eckpunkte einer guten Engagementpolitik. Im Anschluss gab es eine engagementpolitische Diskussion mit den Netzwerkmitgliedern (beide Reden werden im BBE-Newsletter in 14 Tagen präsentiert werden). Die Mitgliederversammlung nahm 14 neue Mitglieder auf.

Als stimmberechtigte Mitglieder sind ins Netzwerk neu hinzugekommen: Bucerius Law School/ Institut für Stiftungsrecht und das Recht der Non-Profit-Organisationen; Bundesverband Die Verbraucher Initiative e. V.; dbb beamtenbund und tarifunion; Deutscher Basketball Bund e. V.; Deutscher

Kinderhospizverein e. V.; dpart - Forschung für politische Partizipation gemeinnützige UG; Förderverein Ökologischer Freiwilligendienste FÖF e. V./ Bundesarbeitskreis der FÖJ-Träger BAK FÖJ; IBM Deutschland; MAKING SENSE - Agentur für CSR, Corporate Citizenship und Nachhaltigkeit; Mehr Demokratie e.V. Bundesverband; MOZAIK gemeinnützige Gesellschaft für interkulturelle Bildungs- und Beratungsangebote mbH, startsocial e. V. und die Stiftung Partnerschaft mit Afrika e. V. Als kooperierendes Mitglied wurde Thomas Kegel aufgenommen.

In einem partizipativen Verfahren wurde zudem mit dem Aufbau der künftigen Themen der BBE-Arbeitsgruppen im Rahmen eines »Gallery Walks« begonnen, bei dem die Themenbedarfe des Netzwerks an die AGs formuliert werden konnten. Bis zur nächsten Mitgliederversammlung (20.11.2015) wird es jetzt in mehreren Etappen unter Einbezug von Arbeitsgruppen und Netzwerkgruppen zu der neuen Agenda für die Arbeitsgruppen kommen, die dann in einem Jahr von der Mitgliederversammlung festgelegt werden. Die »Woche des bürgerschaftlichen Engagements« findet vom 11.-20.9.2015 statt. Die drei Thementage werden sich mit dem Unternehmensengagement in der Bildung (14.9.), dem international orientieren Engagement (16.9.) und dem Thema Demokratie und Vielfalt (18.9.) befassen.

Liste der Neuaufnahmen, Austritte und Ausschlüsse unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/11/NL21_MV_Neuaufnahmen.pdf
(197 kB)

Weitere Informationen und Fotos zur MV unter

<http://www.b-b-e.de/netzwerk/organe-und-gremien/mitgliederversammlung/>

nach oben

BBE-Jahresempfang 2014

Am Vorabend der Mitgliederversammlung treffen sich schon traditionell Mitglieder und Freunde des BBE zum Jahresempfang in einer Landesvertretung in Berlin. In diesem Jahr begrüßte der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, und Staatssekretärin Dr. Pirko Kristin Zinnow, Bevollmächtigte des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund, die TeilnehmerInnen in der Vertretung des Landes in Berlin. Im Anschluss sprach Prof. Dr. Thomas Olk, Vorsitzender des BBE-Sprecherrates, über die engagementpolitische Agenda des BBE und über die Bedeutung der Engagementpolitik der Länder. Danach war ausgiebig Zeit zur Vernetzung und zum Informationsaustausch im Netzwerk.

Weitere Informationen unter

<http://www.b-b-e.de/veranstaltungsarchiv0/jahresempfang-2014/>

nach oben

AG 4 »Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft«: Sitzungsbericht

Am 20. November diskutierte die Arbeitsgruppe in Berlin beim vhw-Bundesverband über die Besonderheiten des Engagements im ländlichen Raum, insbesondere in Ostdeutschland. Uwe Meergans von Infratest Dimap stellte die Ergebnisse der Studie »Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl - Begünstigende

und hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern« vor. Olaf Ebert ergänzte den Impuls mit einem Praxiskommentar. Er machte deutlich, dass Engagement sowohl in der Fläche als auch durch die Unterstützung von Leuchttürmen gefördert werden sollte. Außerdem sei die Kontinuität der Förderung wichtig. In der Diskussion wurde herausgestellt, dass Begegnungsräume eine wichtige Rolle spielen, um den Herausforderungen Mobilität, Wegfall von Infrastruktur und Gestaltung des Dorflebens zu begegnen. Auch die besondere Bedeutung des Engagements im ländlichen Raum wurde hervorgehoben, da dort – im Gegensatz zu urbanen Räumen - weniger Alternativen für die Gestaltung des Alltags bestünden. Zudem müsse berücksichtigt werden, dass in Ostdeutschland viele Tätigkeiten, die in Westdeutschland als Engagement verstanden werden, nicht mit diesem Begriff in Verbindung gebracht würden. Dr. Ferdinand Mirbach von der Robert Bosch Stiftung wurde als stv. Sprecher der AG gewählt.

nach oben

AG 10 »Zivilgesellschaftsforschung« diskutierte im Bundestag

Die AG 10 »Zivilgesellschaftsforschung« diskutierte, auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion, im Deutschen Bundestag den Zusammenhang von Engagement und Partizipation. In der Veranstaltung, die an alle Arbeitsgruppen des BBE gerichtet war, wurde der im öffentlichen Diskurs immer wieder behauptete enge Zusammenhang von Mitgestalten und Mitarbeiten, demokratischer Mitsprache und sozialer Selbstorganisation erörtert. Insgesamt beziehen sich die Debatten zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Bürgerbeteiligung auf eine Vielzahl von Formen der Beteiligung und des Engagements. Tatsächlich aber geht es um die differenzierte begriffliche Fassung der Schnittstellen zwischen dem Feld der Beteiligung in Formen des Protestes und der Mitsprache einerseits und andererseits dem Feld des Engagements, bei dem es oft in erster Linie um praktisches Handeln geht, um die Organisation von alten und neuen Formen der Hilfe und um wechselseitige Unterstützung. Die Motive eines bürgerschaftlichen Engagement, das sich praktisch betätigen möchte, sind – so ein Zentrum der Diskussion – in einem erweiterten Verständnis des Politischen auf die Gestaltung der Gesellschaft orientiert. Die praktischen Erfahrungen des Engagements führen zu Lernprozessen, die der Qualität der Beteiligungsprozesse zugutekommen. Diese gewinnen durch Erfahrungsbezüge aus der Zivilgesellschaft, die in den deliberativen, kooperativen und assoziativen Formaten der Demokratie fruchtbar gemacht werden, Dr. Jeannette Behringer, Prof. Adalbert Evers, Prof. Roland Roth und PD Dr. Ansgar Klein gaben inhaltliche Inputs, auf die zunächst eine Reihe von Kommentatoren antwortete, bevor es zu einer allgemeinen Debatte kam. Die Beiträge sollen in einem Schwerpunkt des BBE-Newsletters im Januar 2015 vorgestellt werden und fließen auch in das BBE-Jahrbuch 2016 ein, das den Themenschwerpunkt »Engagement und Partizipation« behandeln wird.

nach oben

Mitglied des Monats: Amadeu Antonio Stiftung

Eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagiert – das ist das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung seit ihrer Gründung 1998. Angesichts der Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte, gemeinsamer Aufmärsche von Hooligans und Rechtsextremen sowie eines starken Anstiegs

antisemitischer Straftaten in der jüngeren Zeit haben diese Themen eine traurige Aktualität. Der tödliche Überfall von rechtsextremen Jugendlichen auf Amadeu Antonio Kiowa – den Namensgeber der Stiftung – jährt sich in dieser Woche zum 24. Mal. Um Projekte und Initiativen zu fördern, die gegen rechtsextreme Gewalt und für eine demokratische Kultur und den Schutz von Minderheiten eintreten, bietet die Amadeu Antonio Stiftung nicht nur finanzielle Unterstützung: Die Stärkung von Eigeninitiative, die Vernetzung von Projekten und das Schaffen von mehr öffentlicher Aufmerksamkeit für sie bilden wichtige Schwerpunkte in der Arbeit der Stiftung. Leitend dafür ist die Überzeugung, dass eine lebendige demokratische Kultur und die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements entscheidend sind für den Einsatz gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Weitere Informationen zur Amadeu Antonio Stiftung unter
<http://bit.ly/14Lqax6>

nach oben

Aktionswoche: Film zur Auftaktveranstaltung online

Rund 300 geladene Gäste waren am 12. September 2014 ins Berliner Auditorium Friedrichstraße gekommen, um gemeinsam die 10. Woche des bürgerschaftlichen Engagements feierlich zu eröffnen. Hochkarätige Redner, spannende Diskussionsbeiträge, die Engagement-Botschafter 2014 und nicht zuletzt die gute Musik sorgten für einen würdigen Auftakt der Jubiläumswoche. Ein kurzer Filmzuschnitt dokumentiert noch einmal die Highlights der Veranstaltung.

Filmzuschnitt unter
<http://www.engagement-macht-stark.de/home/>

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Gutachten zu »Transparenz im Dritten Sektor«

Aus Anlass der 14. Hamburger Tage des Stiftungs- und Non-profit-Rechts am 15./16. November 2014 hat das Bündnis für Gemeinnützigkeit die von ihm angeregte und finanzierte wissenschaftliche Bestandsaufnahme zu Transparenz im Dritten Sektor vorgestellt. Die Studie wurde federführend durch die AutorInnen Dr. Holger Krimmer, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, und Prof. Dr. Birgit Weitemeyer, Bucerius Law School, erstellt. Die Studie enthält einen statistischen und einen rechtswissenschaftlichen Teil, in dem die bereits heute existierenden vielfältigen und sehr unterschiedlichen Anforderungen an Transparenz und Publizität dargestellt werden. Das Gutachten soll auch Grundlage für Schlussfolgerungen des Bündnisses auf seiner Klausurtagung Anfang 2015 werden.

Weitere Informationen unter
http://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org/_pdf/PM_Transparenzstudie.pdf

nach oben

Kampagne Stoppt Hass-Propaganda in sozialen Netzen

Erst prüfen, dann teilen, das ist das Ziel der Kampagne »Die Erben der Rose«, die die Verbreitung von Hass-Propaganda in den sozialen Netzwerken im Internet stoppen will. Die Kampagne fordert die NutzerInnen von Facebook, YouTube & Co. dazu auf, sich nicht zum Handlanger massenhafter Hetze machen zu lassen, die gezielt von extremistischen Organisationen und Fanatikern im In- und Ausland auf den Weg gebracht wird. Die NutzerInnen von sozialen Netzwerken sollen ein geschärftes Bewusstsein im Umgang mit manipulativen Inhalten entwickeln. Träger der Kampagne ist der Verein »Neues Potsdamer Toleranzedikt«.

Weitere Informationen unter
<http://www.stoppt-hasspropaganda.de>

nach oben

Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus verliehen

Am 28. Oktober 2014 verlieh die Otto-Brenner-Stiftung ihre Preise für kritischen Journalismus in einer Reihe von Kategorien. Neben namhaften AutorInnen aus Leitmedien zeichnet die Jury des Otto Brenner Preises auch innovative und wegweisende Medienprojekte aus. 2014 ging der »Medienprojektpreis« an die österreichische Non-Profit-Plattform »Dossier«. Mit ihrem »Dossier: Asyl« haben sie die erste umfassende journalistische Untersuchung der Lebensbedingungen von Asylsuchenden in Österreich vorgelegt und dabei von Juli bis September 2013 rund 100 Asylquartiere besucht. Die Ergebnisse sind auf einer interaktiven Karte aufbereitet. Methodik, Bewertungssystem und Rohdaten liegen offen. Die Jury lobt das »Dossier: Asyl« als ein journalistisches Projekt, wie man es sich »akribischer, profunder und nachhaltiger nicht wünschen kann«. Das Dossier ist eine Non-Profit-Plattform, die Investigativ- und Datenjournalismus betreibt und fördert. Die Rechercheergebnisse der JournalistInnen können frei von anderen Medien übernommen werden. Das Projekt finanziert sich über Spenden, Stipendien, Preisgelder, Recherche- und Lehraufträge sowie über Kooperationen mit anderen Medien – auf Werbung und öffentliche Gelder wird bewusst verzichtet.

Weitere Informationen unter
<http://www.otto-brenner-preis.de/dokumentation/2014/preistraeger.html>

nach oben

Akademie für Ehrenamtlichkeit: Jahresprogrammheft 2015

Auch im Jahr 2015 bietet die Akademie für Ehrenamtlichkeit wieder Kurse rund um die Kernthemen Freiwilligenmanagement, Freiwilligenkoordination und Qualitätsmanagement an. Als neues Seminarangebot gehört dazu das Seminar »Teamarbeit im Ehrenamt/ in der Freiwilligenarbeit«. Ehrenamtlich Engagierte arbeiten oft in Teams zusammen und sind dabei auf eine Arbeitsteilung und gegenseitige Unterstützung angewiesen. Im Seminar soll der Frage auf den Grund gegangen werden, wie die Teamarbeit effektiv gestaltet werden kann.

Programmheft unter
<http://ehrenamt.de/mediabase/pdf/1112.pdf>

nach oben

10 Jahre Quifd – Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten

Am Montag, dem 24.11.2014 feierte die Agentur Quifd ihr 10-jähriges Jubiläum im Computerspielmuseum in Berlin. Herr Dr. Christoph Steegmans, der in Vertretung für die parl. Staatssekretärin im BMFSFJ Elke Ferner teilnahm, berichtete über Erfolge und Herausforderungen zur Qualität in Freiwilligendiensten. Die Vorsitzende des Unterausschlusses für Bürgerschaftliches Engagement, Ingrid Pahlmann, MdB, sprach im Dialog über Erwartungen und Verantwortlichkeiten von Trägern und Politik. Quifd ist ein Projekt der Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland in Rechtsträgerschaft des Fördervereins für Jugend und Sozialarbeit in Berlin.

Weitere Informationen zu Quifd unter
<http://www.quifd.de>

nach oben

»Handbuch Interkulturelle Öffnung«: Publikation

Das »Handbuch Interkulturelle Öffnung. Grundlagen, Best Practice, Tools« von Elisabeth Vanderheiden und Claude-Hélène Mayer (Hrsg.) bietet Informationen und praktische Anregungen in Form von Best-Practice-Beispielen und Tools zum Thema interkulturelle Öffnung. Die ersten Kapitel beschäftigen sich mit der Einführung, den Grundlagen und den Begrifflichkeiten zum Thema. Daraufhin werden die verschiedenen organisationalen Handlungsfelder Politik, Verwaltung, Kirche, Bildung, Wirtschaft, Gesundheitswesen, Beratung, Sport und Ehrenamt in den Blick genommen. Jedem Handlungsfeld liegt jeweils ein Grundlagentext zu Grunde, der von ausgewählten Best-Practice-Beispielen ergänzt wird. Um interkulturelle Öffnungsprozesse im beruflichen und organisationalen Alltag umsetzen zu können, werden im letzten Kapitel methodische Tools zur Verfügung gestellt.

Publikation bestellen unter
http://www.v-r.de/de/title-0-0/handbuch_interkulturelle_oeffnung-1010748/

nach oben

»Einwandererverbände in der Migrations- und Integrationspolitik«: Publikation

In der Publikation »Einwandererverbände in der Migrations- und Integrationspolitik 1998-2006. Zugang, Normen und Tausch« rekonstruiert Andreas Blätte die politische Logik des Zugangs von Einwandererverbänden zu politischen Entscheidungsprozessen in der Zeit von 1998 bis 2006. Der Autor analysiert die Arenen der Migrations- und Integrationspolitik, er gibt einen Überblick in den Bereich der Einwandererverbände und beschreibt den Weg zu Integrationsgipfeln und Islamkonferenz. Die Ressourcen der Einwandererverbände stehen dabei im Mittelpunkt der Analyse. Der Band richtet sich an Dozierende und Studierende der Politikwissenschaften und der Soziologie sowie an PraktikerInnen der Migrations- und Integrationspolitik.

Publikation bestellen unter
<http://www.springer.com/springer+vs/politikwissenschaft/book/978-3-531-15740-5>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 11. Dezember 2014.
Redaktionsschluss ist der 3. Dezember 2014.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

nach oben

Hinweis

Gefördert vom

